

A2ONEU (Ä1) Abschiebungen von Êzîd*innen stoppen, sofort!

Antragsteller*in: Ocean Renner (KV Nordfriesland)

Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Noch immer werden nach Deutschland geflüchtete Êzîd*innen in die Regionen
2 abgeschoben, aus denen sie vor einem grausamen Genozid geflohen sind, meistens
3 in den Irak. Bis Ende Oktober 2023 wurden bundesweit schon 164 Êzîd*innen
4 abgeschoben.

5 Vor dem Hintergrund, dass der Deutsche Bundestag erst im Januar 2023 den durch
6 den
7 sogenannten "Islamischen Staat" im Jahr 2014 verübten Genozid an den Êzîd*innen
8 anerkannt und die an ihnen ausgeübten Gewalttaten wie Vergewaltigung,
9 Verschleppung, Versklavung und Ermordung aufs Schärfste verurteilt hat, ist
10 diese Entwicklung katastrophal und verantwortungslos.

11 Die Bundesregierung hatte mit Verweis auf die Anerkennung des Genozids noch im
12 März 2023 in einer Antwort auf eine kleine Anfrage erklärt: "Dieser
13 Personengruppe ist es [...] nicht zumutbar, in den früheren Verfolgerstaat
14 zurückzukehren." Nach Ansicht von Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein hat
15 sich daran in den letzten Monaten nichts verändert, es bleibt weiterhin
16 unzumutbar, Êzîd*innen abzuschieben.

17 Vor diesen Hintergründen verurteilt Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein die
18 Abschiebungen aller Êzîd*innen. Wir setzen uns dafür ein, dass innerhalb der
19 Landesregierung alle Möglichkeiten für einen landesweiten Abschiebestopp für
20 Êzîd*innen geprüft werden. Die Ministerin für Flucht in
21 Nordrhein-Westfalen, Josefine Paul, hat bereits einen solchen Abschiebestopp für
22 ezîdische Frauen und Kinder erlassen. Das begrüßen wir, setzen uns aber
23 weitergehend in Schleswig-Holstein für einen Abschiebestopp für alle Êzîd*innen,
24 unabhängig von Alter und geschlechtlicher Zuschreibung, ein.

25 Es braucht endlich Gewissheit und Rechtssicherheit für Betroffene. Den bereits
26 abgeschobenen Menschen muss sofort die Rückkehr nach Deutschland ermöglicht
27 werden. Sie müssen bei der Rückkehr unterstützt werden, damit sie
28 schnellstmöglich wieder in Sicherheit gelangen.

29 Klar bleibt aber: Langfristige Sicherheit kann es nur durch eine bundesweite
30 Lösung geben. Es ist in der Verantwortung von Bundesinnenministerin Nancy
31 Faeser, eine bundesweit einheitliche und rechtlich sichere Regelung zum Schutz
32 der Êzîd*innen zu erarbeiten.

33 Damit bekräftigen wir noch einmal den Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz
34 von Bündnis 90/Die Grünen im November, der dies bereits festgehalten hat. Auch
35 die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat bereits Vorschläge für eine
36 solche rechtssichere Lösung vorgelegt.

37 Dass auf dem letzten Bundesparteitag der SPD ein Antrag im Sinne der Sicherheit
38 der
39 Êzîd*innen abgelehnt wurde, bedauern wir sehr. Eine bundesweite Lösung ist aus
40 Sicht von Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein absolut notwendig. Deshalb
41 fordern wir unsere schleswig-holsteinischen Amts- und Mandatsträger*innen dazu

- 42 auf, sich gegenüber Nancy Faeser und der Bundesregierung dafür stark zu machen.
43 Auch den schleswig-holsteinischen Landtag fordern wir hierzu auf.
- 44 Die hierher geflohenen Êzîd*innen haben sich inzwischen ein Leben in Schleswig-
45 Holstein und auch im Rest von Deutschland aufgebaut und sollten sich gerade nach
46 den traumatischen Erfahrungen, die sie durchleben mussten, hier sicher fühlen
47 können. Die ständige Angst vor einer Abschiebung führt zu Retraumatisierung und
48 erschwert den Aufbau eines neuen Lebens enorm. Sie trotz des verübten Genozids
49 und des damit einhergehenden kollektiven Traumas abzuschicken, widerspricht den
50 Grundsätzen der Menschenwürde.

Begründung

erfolgt mündlich

Zusammenfassung in einfacher Sprache:

Für uns GRÜNE ist klar: Êzîd*innen dürfen nicht abgeschoben werden. Wir müssen für einen dauerhaften Schutz für Êzîd*innen in Deutschland sorgen.

Die Êzîd*innen wurden gezielt verfolgt und getötet. Das schwere Wort ist "Genozid". Der deutsche Bundestag hat diesen Genozid an den Êzîd*innen im letzten Jahr anerkannt.

Wir fordern eine Lösung für ganz Deutschland, die den Êzîd*innen einen dauerhaften Schutz in Deutschland bietet.

Unterstützer*innen

Lorenz Mayer (KV Segeberg); Hartwig Hermann (KV Nordfriesland); Andrea Eva Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Sina Clorius (KV Schleswig-Flensburg); Geoffrey N. Förste (KV Nordfriesland); Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg); Franz Fischer (KV Kiel); Gesa Michaelsen (KV Nordfriesland); Stephan Wiese (KV Lübeck)